

Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 2

Heike Hänsel

Entwicklungspolitische Sprecherin und Obfrau
im Unterausschuss Vereinte Nationen

Hüseyin-Kenan Aydin

Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung



Berlin, den 31.3.2006

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

wir freuen uns, Ihnen / Euch die zweite Ausgabe unseres Entwicklungspolitischen Rundbriefs vorstellen zu können. Wie immer freuen wir uns auf Reaktionen. Folgende aktuelle Schwerpunkte unserer Arbeit im Deutschen Bundestag werden in dieser Ausgabe unseres Newsletters dargestellt:

1. Agrarpolitik und Agrarforschung

Wir dokumentieren ab Seite 2:

- Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (16/495) und Antwort der Bundesregierung (16/638): Offenlegung der deutschen Agrarbeihilfeempfänger
- Kommentar zur Antwort der Bundesregierung und neue Initiativen
- Antrag zur Erhöhung der Haushaltsmittel für die entwicklungsorientierte internationale Agrarforschung

2. NEIN zur Absenkung der Weltbankstandards!

Wir dokumentieren ab Seite 6:

- Rede von Alexander Ulrich zum Antrag der Grünen („Für starke soziale und ökologische Standards in der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) der Weltbank“; 16/374)
- Presseerklärung von Hüseyin-Kenan Aydin: DIE LINKE. fordert Bundesministerin Wieczorek-Zeul auf: Sagen Sie NEIN zur Absenkung der Weltbankstandards!
- Hüseyin Aydins Kommentar zum deutschen „Ja“ im Verwaltungsrat der IFC

3. Soldaten sind keine Entwicklungshelfer

Wir dokumentieren ab Seite 9:

- Rede von Heike Hänsel zum Antrag der FDP („Den Südsudan beim Wiederaufbau unterstützen und vor AIDS bewahren“; 16/586): Der Sudan braucht umfassende Entwicklungshilfe und keine interessengeleitete westliche Politik
- Rede von Heike Hänsel in der Haushaltsdebatte zum Einzelplan 23 (Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung): Soldaten sind keine Entwicklungshelfer

1. Agrarpolitik und Agrarforschung

Kleine Anfrage - 14. Februar 2006

Kleine Anfrage der Abgeordneten Hüseyin-Kenan Aydin, Heike Hänsel, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE. (16/495) und Antwort der Bundesregierung (16/638): Offenlegung der deutschen Agrarbeihilfeempfänger

Während der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong im vergangenen Dezember haben sich die Mitgliedstaaten auf das Auslaufen aller Exportsubventionen im Agrarbereich bis zum Jahr 2013 festgelegt. Dieser Schritt entsprach Forderungen vieler Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Staaten, deren Landwirtschaft unter starkem Druck durch subventionierte Agrargüter aus den Industrieländern, insbesondere aus der EU, steht. Für die Produktionssubventionen steht ein entsprechender Beschluss indes noch aus.

MISEREOR veröffentlichte 2005 eine Studie über die Wirkung von Milchimporten aus der EU und anderer entwickelter Staaten auf die Wirtschaft in Burkina Faso. Das mit EU-Geldern subventionierte Trockenmilchpulver wird dort zu Dumpingpreisen angeboten, mit denen die einheimische Landwirtschaft nicht konkurrieren kann. Obwohl es derzeit rund eine Million Milchviehhirten in Burkina Faso gibt, was einem Zehntel der Gesamtbevölkerung entspricht, konsumieren die Einwohner in Ouagadougou und den anderen Städten des Landes fast ausschließlich die aus importiertem Trockenpulver gewonnene Milch.

Europäische Exportsubventionen kommen lediglich exportorientierten Betrieben zugute und nutzen den kleinen und mittleren Bauernhöfen in Europa nichts. Aber auch bei den Produktionssubventionen profitieren vor allen Dingen jene, die schon viel haben. Oxfam veröffentlichte im November 2005 ihre Auswertung der Subventionsberichte verschiedener Länder über die aus- gezahlten Agrarbeihilfen und kam zu dem Ergebnis, dass

- in Frankreich 60 Prozent der EU-Direktzahlungen an nur 15 Prozent der Landwirtschaftsbetriebe gehen, während 70 Prozent der bäuerlichen Betriebe nur 17 Prozent der Beihilfen erhalten;
- in Spanien die sieben meistbegünstigten Empfänger soviel erhalten wie die 12 700 kleinsten landwirtschaftlichen Betriebe zusammen;
- in Großbritannien die königliche Familie ein großer Empfänger von Agrarsubventionen ist, ebenso wie der Zuckerkonzern Tate & Lyle;
- in Dänemark im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik insgesamt eine siebenstellige Summe an vier Minister der Regierung, mehrere Parlamentsabgeordnete und die dänische EU-Kommissarin ausgezahlt wird.

In den Niederlanden wurde öffentlich, dass das Unternehmen des Landwirtschaftsministers Cees Verman 150 000 Euro an Agrarsubventionen erhielt. Die Evert Vermeer Stichting hat im September 2005 einen detaillierten Katalog über die vierzig größten Zahlungsempfänger von Agrarsubventionen in den Niederlanden erstellt. Aus ihm ging hervor, dass die fünf meistbegünstigten Firmen, darunter Nestlé Nederland und das Industrieunternehmen Verwerkings Industrie Vreeland, in den Jahren 1999 bis 2003 zusammen 2,39 Mrd. Euro an Agrarsubventionen erhielten. Unter den vierzig meistbegünstigten Unternehmen befanden sich der Bierbrauer Heineken und der Zigarettenhersteller Philip Morris.

1. Auf welche Gesamtsumme beliefen sich die in den Jahren 1999 bis 2004 an deutsche Unternehmen ausgezahlten Agrarbeihilfen?

2. Auf welche Summe beliefen sich dabei die Exportsubventionen?

Die Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland beliefen sich in den EU-Haushaltsjahren 1999 bis 2004 auf

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Millionen Euro	3 806,1	3 688,7	4 108,9	5 042,3	4 026,0	4 515,7

EU-Ausfuhrerstattungen wurden in den EU-Haushaltsjahren 1999 bis 2004 in Deutschland in folgender Höhe gezahlt:

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Millionen Euro	765,8	773,2	569,0	481,3	500,3	469,8

Quelle: Europäische Kommission

Diese letztgenannten Zahlungen wurden an Unternehmen geleistet, die die Ausfuhr in ein Drittland von Deutschland aus vorgenommen haben. Dabei handelt es sich jedoch nicht immer um deutsche Unternehmen.

Ferner wurden Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes (z. B. Investitionsförderung, Agrarumweltmaßnahmen, Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten, Dorfentwicklung) in Deutschland mit EU-Mitteln in folgender Höhe unterstützt:

Ländliche Entwicklung	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Millionen Euro	948,7	733,5	1 035,9	1 191,6	1 299,7	1 411,4

3. Befanden sich unter den Subventionsempfängern seit 1982 Bundesminister, deutsche EU-Kommissare oder deutsche Staatssekretäre, und wenn ja, welche?

4. Welches sind die Namen der vierzig deutschen Unternehmen, die am meisten Agrarbeihilfen im Gesamtzeitraum 1999 bis 2004 erhielten, und welche Summen erhielten sie im Einzelnen?

Aufstellungen hierzu liegen nicht vor. Eine Bekanntgabe der Daten wäre nur mit Zustimmung der Betroffenen zulässig. Eine entsprechende Anfrage wäre mit nicht zu rechtfertigendem Aufwand verbunden.

5. Hat das BMZ seit Beginn der 90er Jahre Evaluierungen über die Auswirkungen subventionierter Agrarexporte deutscher Unternehmen auf die Landwirtschaft in einzelnen Ländern oder Regionen der Dritten Welt erhoben?

Wenn ja, wie hoch beziffert die Bundesregierung den entstandenen Schaden für die heimische Landwirtschaft in den betroffenen Regionen (bitte nach Ländern und Branchen einzeln aufführen)?

Über die Auswirkungen subventionierter Agrarexporte deutscher Unternehmen auf die Landwirtschaft in einzelnen Ländern oder Regionen der Dritten Welt liegen der Bundesregierung keine Studien vor.

Auch Arbeiten der Weltbank sowie der EU enthalten keine detaillierten Informationen über den in den betroffenen Regionen entstandenen „Schaden“.

6. Plant die Bundesregierung, einzelnen Beziehern von Exportsubventionen die entstehenden Mindereinnahmen nach Auslaufen dieser Subventionen bis 2013 durch anderweitige Unterstützungszahlungen zu kompensieren, und wenn ja, welche Kategorien der Exportsubventionen sind nach jetzigem Planungsstand davon betroffen?

Nein.

7. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen und gedenkt sie künftig zu ergreifen, um die öffentliche Transparenz bezüglich der Unterstützungszahlungen an deutsche Unternehmen im Rahmen der europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik zu verbessern?

Über Höhe, Zusammensetzung und Einkommenswirkung der EU-Direktzahlungen und anderer Subventionen an landwirtschaftliche Unternehmen unterrichtet die Bundesregierung den Deutschen Bundestag und die Öffentlichkeit jährlich im Agrarpolitischen Bericht gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes (zuletzt Bundestagsdrucksache 15/4801, S. 28 bis 31).

Die Höhe der Zahlungen steht in einem Zusammenhang mit dem Umfang der Verluste durch die Stützpreissenkungen im Rahmen der EU-Agrarreformen und/oder den erbrachten Leistungen. Von daher erhalten große Betriebe naturgemäß absolut höhere Zahlungen. Bei der Beurteilung der Höhe der Zahlungen ist zudem zu berücksichtigen, dass landwirtschaftliche Betriebe, die jährlich Direktbeihilfen von mehr als 300 000 Euro erhalten, entsprechend mehr Arbeitskräfte beschäftigen.

Da die EU-Direktzahlungen bisher auf bestimmte Produktbereiche ausgerichtet waren, werden Unterschiede in der Höhe der Direktzahlungen je Arbeitskraft und je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche durch die Produktionsstruktur der Betriebe bestimmt. Bei den Direktzahlungen je Arbeitskraft gibt es nur geringfügige Unterschiede zwischen kleinen und großen Betrieben, während die Direktzahlungen und Zuschüsse bezogen auf einen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche in kleineren Betrieben sogar höher sind als in größeren Betrieben.

Die großen landwirtschaftlichen Betriebe sind insbesondere in den neuen Bundesländern eine unverzichtbare Säule der Wirtschaft in den ländlichen Räumen. Auf diesen Sachverhalt wird die Bundesregierung verstärkt hinweisen, um dem Eindruck entgegenzutreten, als würden Agrarbeihilfen in Deutschland an landwirtschaftliche Betriebe und andere Unternehmen ohne eine entsprechende Berechtigung oder Gegenleistung gezahlt und bestimmte Betriebsstrukturen in einer unangemessenen Weise bevorzugt.

Unser Kommentar zu den Antworten des Landwirtschaftsministeriums:

Die geradezu hartnäckige Weigerung der Bundesregierung, die Agrarbeihilfeempfänger offen zu legen, lässt für Spekulationen Raum: Wer soll vor der Öffentlichkeit geschützt werden? Tatsächlich hat das Ministerium uns an einem Punkt sogar direkt die Unwahrheit

gesagt. So behauptet der zuständige Parlamentarische Staatssekretär Gerd Müller (CSU) in dem Antwortschreiben, es gäbe bei den Eu-Zahlungen je Arbeitskraft „nur geringfügige Unterschiede zwischen den kleinen und den großen Betrieben“. Nach einem von Beamten im Landwirtschaftsministerium erstellten Vermerk vom 16. Dezember 2005 erhielten die 2876 größten Agrarfabriken jedoch mit 16.453 Euro mehr als dreimal so viel wie die Kleinbetriebe pro eingesetzte Arbeitskraft. Diese Zahl wurde in einem Bericht von Hans-Martin Tillack für den Stern am 7. März 2006 veröffentlicht, der positiv auf unsere Kleine Anfrage Bezug nahm.

Die Geheimhaltungspolitik ist nicht einmal mehr den Parlamentariern der Regierungsparteien im Entwicklungspolitischen Ausschuss (AwZ) zu vermitteln. Im Anschluss an die Kleine Anfrage von Hüseyin Aydin liegt nun eine Initiative durch den Ausschussvorsitzenden Thilo Hoppe vor, der die Obleute der verschiedenen Parteien um eine Unterschrift für ein gemeinsames Anschreiben an Bundesminister Seehofer bittet. In dem Brief wird um eine Übersicht gebeten, aus der die Verteilung der Direktzahlungen nach Höhe und nach landwirtschaftlichen Betrieben in aggregierter Form hervorgeht. Wir hoffen, dass die Obleute aller Parteien im AwZ diesen Brief unterzeichnen – und dass das Landwirtschaftsministerium sich daraufhin auskunftsfreudiger zeigen wird, als in der Beantwortung unserer Kleinen Anfrage. Unabhängig davon bereitet Hüseyin Aydin bereits einen Antrag vor, um die Frage vor das Plenum des Bundestages zu bringen. Wir sind gespannt auf die Reaktionen aus den anderen Parteien!

Zum Bundeshaushaltplan:

Antrag auf Erhöhung der Mittel zur Förderung der internationalen Agrarforschung

Zu den Haushaltsberatungen für das laufende Jahr macht DIE LINKE. zahlreiche Vorschläge für eine sozialere Verteilung der Mittel. Auch für den Einzelplan 23, der den Entwicklungshilfeetat betrifft, unterbreiten wir einige konkrete Vorschläge. So hält Hüseyin Aydin es für unangebracht, dass die Mittel zur Förderung der entwicklungsbezogenen internationalen Agrarforschung um 1 Million auf 14,4 Millionen Euro gesenkt werden sollen. Aydin fordert stattdessen eine Aufstockung der Mittel auf 20,5 Millionen Euro. Er stützt sich dabei auf folgende Argumente:

- Landwirtschaft ist in den vorwiegend ländlich orientierten Staaten immer noch der Motor für eine Wirtschaftsentwicklung des gesamten Landes. 1% Wachstum in der Landwirtschaft ziehen das 1,5-fache in den nicht-agrarischen Bereichen nach sich.
- Landwirtschaft betreibende Familien sind mit immer neuen Herausforderungen in einem sich wandelndem Umfeld konfrontiert, u. a.:
 1. Sich verändernde oder neu eingeschleppte Schaderreger für Nutzpflanzen;
 2. neue Tierkrankheiten und Seuchen;
 3. sich verschlechternde Umweltbedingungen und dadurch sich verknappende natürliche Ressourcen, z. B. durch Ausbreitung von Wüsten;
 4. unzureichender Zugang zu Märkten.
- Durch eine kontinuierliche unterstützende entwicklungsorientierte Forschung wird sichergestellt, dass die landwirtschaftliche Produktion nicht nur auf dem gleichen Niveau bleibt, sondern zur Versorgung der wachsenden Weltbevölkerung zunimmt, ohne dabei die natürlichen Ressourcen zu zerstören und ohne die Lebensmittel mit Schadstoffen zu belasten und sie in minderwertiger Qualität zu produzieren.
- Die Gebergruppe der CGIAR unterstützt seit über 30 Jahren ein hoch qualifiziertes weltweites Netzwerk an internationalen Forschungsinstituten, das die oben genannten Probleme aufgreift und erfolgreich löst.

- Eine externe Meta-Evaluation hat 2003 mit verschiedenen Szenarien eine Kosten-Nutzen-Relation der Arbeit der Forschungsinstitute seit Bestehen der CGIAR von 1,94 bis 3,77 nachgewiesen. Die Forschung ist also hochrentabel.
- Auf dem Jahrestreffen der CGIAR im Dezember 2005 in Marrakesch wurde 20 neue für alle Zentren gültige Forschungsprioritäten definiert, die in die Zukunft weisen. Deutschland hat sich entschieden sechs dieser 20 Prioritäten vordringlich zu fördern, darunter Programme zur Armutsreduzierung durch den effektiveren Anbau lokaler Nutzpflanzen.

Aus den genannten Gründen ist es gerade jetzt notwendig von Deutschland aus ein Signal an die CGIAR und die Entwicklungsländer zu richten, dass wir diese Neuorientierung voll mittragen und in Deutschland auch umsetzen.

2. Für starke soziale und ökologische Standards in der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) der Weltbank

Rede - 26. Januar 2006 - Alexander Ulrich

„Für starke soziale und ökologische Standards in der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) der Weltbank“

Alexander Ulrich, Obmann im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, sprach im Plenum zur Verschlechterung der Weltbankstandards

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Alexander Ulrich, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Alexander Ulrich (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die IFC hat ihre Aufgabe, die Förderung von Privatinvestitionen in Entwicklungsländern zum Zwecke der Armutsreduzierung, in der Praxis bisher nicht ausreichend erfüllt. Zu ihren Geschäftspartnern und Nutznießern gehören vornehmlich Großkonzerne wie Coca-Cola, Exxon Mobil oder Halliburton.

Wie das prägnante Beispiel der Tschad-Kamerun-Ölpipeline zeigt, wird die Weltbank ihren eigenen bisherigen Standards nicht gerecht. Es sollte ein Musterprojekt werden, um Ölreichtum in direkten Nutzen für die Armen umzusetzen. Das Gegenteil ist erreicht: bisher entschädigungslose Enteignungen, rapide steigende Gesundheitsprobleme der Bevölkerung und erneute Arbeitslosigkeit der Wanderarbeiter, die die Pipeline gebaut haben. Auf eine von der Weltbank selbst geforderte Umweltverträglichkeitsstudie wurde bei der Projektrealisierung verzichtet. Der Plan für die Einrichtung von zwei Nationalparks als Kompensation für die beim Bau der Pipeline geschädigten Waldgebiete existiert nur auf dem Papier. Seit Juli 2003 fließt Öl durch die Pipeline. Die Ziele der Armutsreduktion wurden nicht hinreichend verfolgt. Für den Tschad ist zudem eine dramatische Verschlechterung der Menschenrechtsslage zu beobachten.

Wie dieses Beispiel eindrucksvoll zeigt, ist die Weltbank nur vordergründig eine Institution zur Finanzierung entwicklungsorientierter Projekte. Das genannte Beispiel ist leider kein Einzelfall. Die Nichteinhaltung der Umwelt- und Sozialstandards ist vielmehr typisch für IFC-Projekte. Die Profite, die Interessen der privaten Kreditnehmer stehen an erster Stelle; Menschen und Umwelt geraten in den Hintergrund.

Die IFC will nun am 21. Februar einen neuen Regelentwurf verabschieden. Bisher liegen uns ebenso wie dem Bundesministerium nur die so genannten Performance-Standards vor. Wir sehen in dieser Neuabfassung der Standards eine völlige Abkehr von bisherigen Normen und Regeln. Die neuen Standards übertragen sehr viel Verantwortung auf die Kunden der IFC, sprich: auf die Konzerne, und lassen dem IFC-Management erhebliche Spielräume in der Interpretation dessen, was das Minimalerfordernis bei jedem einzelnen Projekt ist.

Es ist absurd, der Industrie selbst die Entscheidung darüber zu überlassen, ob ihre eigenen profitorientierten Projekte im entwicklungspolitischen Interesse sind.

(Gabriele Groneberg [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Das aber ist der Kern der neuen Performance-Standards. Die IFC wird demgemäß künftig auf unabhängige Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen verzichten. In der Konsequenz bedeutet das eine Anpassung der Standards an die bisherige entwicklungsfeindliche Praxis.

Die Regierungsparteien aber tun so, als läge überhaupt kein Problem vor. Sie wollen uns auf einen dritten Entwurf vertrösten, den sie uns bis heute nicht vorlegen können und dessen Inhalt ihnen selbst nicht geläufig ist. Sie sagen uns: Vertraut der IFC! Die IFC sagt: Vertraut den Investoren! - Das ist die Kapitulation der Bundesentwicklungspolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir stimmen mit der Kritik von Ihnen, Frau Koczy, an der IFC-Praxis in der gestrigen Ausschusssitzung völlig überein. Doch warum schreiben Sie das, was Sie hier verurteilen, nicht auch so in Ihrem Antrag nieder? Der Antrag der Grünen verschweigt, dass es sich bei den Profiteuren der IFC-Kredite um Großkonzerne handelt. In Ihrem Text suggerieren Sie sogar, sich ganz im Einklang mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu befinden, als stünde nicht die Verschlechterung der Standards, sondern ihre Verbesserung auf der Tagesordnung. Warum erwähnen Sie in ihrem Antrag mit keinem Wort die Performance-Standards, die Sie zu Recht so lautstark kritisieren?

Wir, die Fraktion der Linken, haben den Grünen vorgeschlagen, eine entsprechende Änderung in ihrem Antrag vorzunehmen. Wir schlagen vor, dass das zuständige Bundesministerium den deutschen Exekutivdirektor im Verwaltungsrat der Weltbank anweist, Verschlechterungen, wie sie die vorliegenden Performance-Standards vorsehen, abzulehnen. Leider haben Sie diesen Vorschlag nicht angenommen. Ihr Ziel scheint zu sein, die zuständige Ministerin und die Bundesregierung insgesamt - trotz aller verbalen Kritik - aus der praktischen Verantwortung zu entlassen. Wir können Ihrem Antrag, dem Antrag der Grünen, deshalb nicht zustimmen. Sie, die Grünen, sollten endlich in Ihrer Rolle als Oppositionspartei ankommen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Pressemitteilung - 21. Februar 2006 - Hüseyin-Kenan Aydin

DIE LINKE. fordert Bundesministerin Wieczorek-Zeul auf: Sagen Sie NEIN zur Absenkung der Weltbank-Standards!

Heute werden die Mitglieder im Verwaltungsrat der Weltbank über die Veränderung der Umwelt- und Sozialstandards der International Finance Corporation (IFC) entscheiden. Die IFC ist als Tochter der Weltbankgruppe für die Finanzierung von Privatinvestitionen in den Ländern der Dritten Welt zuständig. Hüseyin Aydin, Obmann der Fraktion DIE LINKE. im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, erklärt hierzu:

„Das Management der IFC stellt heute dem Verwaltungsrat der Weltbank einen dritten Entwurf zur Veränderung der Umwelt- und Sozialstandards zur Abstimmung, der den entwicklungspolitischen Anspruch der Weltbank verhöhnt. Er überlässt es bei wichtigen Projekten den Kreditnehmern, wen sie als Gutachter für die Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen einstellen.

Zu den bevorzugten Geschäftspartnern der IFC gehören Konzerne wie ExxonMobile oder ChevronTexaco. Bereits in der Vergangenheit haben zahlreiche Projekte dieser Firmen die Weltbankstandards verletzt und mitunter gravierende ökologische Schäden nach sich gezogen. Anstatt auf eine Durchsetzung strenger Auflagen zu pochen, sollen nun die Firmen zum Richter über ihre eigenen materiellen Interessen gemacht werden.

Der deutsche Exekutivdirektor im Verwaltungsrat der Weltbank, Herr Deutscher, ist an die Weisungen von Frau Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, gebunden. Die Weltbank wird mit öffentlichen Geldern finanziert und muss der öffentlichen Kontrolle unterliegen. Alles andere als eine Ablehnung des heute vorliegenden Dritten Entwurfs ist aus entwicklungspolitischer Sicht deshalb inakzeptabel. Ich habe Frau Wieczorek-Zeul in einem Brief aufgefordert, den deutschen Exekutivdirektor anzuweisen, mit Nein zu stimmen.

Kommentar von Hüseyin Aydin zum „Ja“ des BMZ zur Absenkung der IFC-Standards

Es kam, wie leider zu erwarten war. Sascha Raabe als SPD-Sprecher kündigte im Entwicklungspolitischen Ausschuss (AwZ) vorab an, mit der SPD seien keine Standards zu machen, die den Unternehmen die Selbstbegutachtung bei IFC-Projekten ermöglichten. Darum kümmerte sich Ministerin Wieczorek-Zeul jedoch nicht. Sie begründete im AwZ das Ja zu den neuen Standards nach der Abstimmung im Verwaltungsrat der IFC durch den deutschen Exekutivdirektor Deutscher damit, nun würden „die Unternehmen „in die Pflicht genommen“. Eine Formel, die auch aus dem FDP-Programm stammen könnte!

3. Soldaten sind keine Entwicklungshelfer

Rede - 16. März 2005 - Heike Hänsel

Der Südsudan braucht umfassende Entwicklungshilfe und keine interessengeleitete westliche Politik

Nur der Aufbau stabiler ziviler Strukturen kann dauerhaften Frieden bringen. Möglichkeiten wirtschaftlicher Betätigung und Selbstversorgung müssen entstehen können. Gegen den Aufbau lokaler Produktion und Vermarktung stehen allerdings nicht nur interne Konflikte und Kriege, sondern allzu oft auch die Interessen der mächtigen Industriestaaten. Heike Hänsel hat ihre Rede zum Antrag der Fraktion der FDP „Den Südsudan beim Wiederaufbau unterstützen und vor AIDS bewahren“ (Drs. 16/586) zu Protokoll gegeben

Der vorliegende FDP-Antrag ist zwar gut gemeint, aber nicht ausreichend, denn der Antrag blendet wichtige Zusammenhänge aus. Die Bekämpfung von Aids im Südsudan muss in einen größeren Kontext gestellt werden. Erstens. Die ganze Region ist nach wie vor in hohem Maße militarisiert. Und nichts und niemand trägt stärker zur Ausbreitung der Aids-Pandemie bei, als umherwandernde Milizen und demobilisierte, nicht integrierte Exsoldaten. Auch ein Jahr nach dem Friedensschluss erreichen uns Nachrichten von bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen konkurrierenden Banden und von dem Einsickern von Waffen und Bewaffneten aus dem Südsudan in benachbarte Krisenregionen. Dadurch kann der jahrzehntelange Konflikt jederzeit wieder im Südsudan aufflammen. Hier sind zivile Strategien zur Entwaffnung und zur Integration der demobilisierten Milizen in ein ziviles Leben dringend notwendig. Nur der Aufbau stabiler ziviler Strukturen kann dauerhaften Frieden bringen. Möglichkeiten wirtschaftlicher Betätigung und Selbstversorgung müssen entstehen können. Gegen den Aufbau lokaler Produktion und Vermarktung stehen allerdings nicht nur interne Konflikte und Kriege, sondern allzu oft auch die Interessen der mächtigen Industriestaaten: Dafür steht global die Verhandlungsführung der EU im Rahmen der WTO- und EPA-Verhandlungen. Am konkreten Fall drückt sich das aus im Wettlauf des Westens mit der VR China um afrikanische, auch sudanesishe Märkte und Rohstoffe. Dieser Wettlauf trägt viel Potenzial für künftige Konflikte in sich.

Zweitens. Wir unterstützen Ihren Vorschlag einer internationalen Vermittlungsstelle im Südsudan. Diese könnte Schritte in Richtung Demokratisierung und sozialer Entwicklung kontinuierlich evaluieren und die Einhaltung des Friedensabkommens überwachen. Einige Fragen stellen sich allerdings bezüglich der konkreten Ausgestaltung: Wir stellen uns natürlich nicht vor, dass dort Vertreter westlicher Regierungen sitzen sollten. Vielmehr sollte es ein Schlichtungsgremium sein, das sich aus zivilgesellschaftlichen Gruppierungen aller Teile des Sudan und aus benachbarten Ländern sowie aus international erfahrenen Mediatorinnen und Mediatoren zusammensetzt. Ein solches Gremium darf nicht das Einfallstor einer interessengeleiteten Politik des Westens sein. Es ist ja bekannt: Auch deutsche Wirtschaftsinteressen sind im Südsudan berührt. Der Vorvertrag zwischen einem deutschen Unternehmen und der damaligen Rebellentruppe und heutigen Regierungspartei SPLA zum Schienenbau im Südsudan ist ein Beispiel dafür. Das sollte die Bundesregierung möglichst nicht dazu verleiten, auf die staatliche Neuordnung im Sudan Einfluss zu nehmen.

Drittens. Die Bundesregierung wird sich nach eigenem Bekunden am Multi Donor Trust beteiligen. Ich finde, 10 Millionen Euro für den Trust stehen in einem ungenügenden Verhältnis zu über 80 Millionen USD, die allein im Einzelplan des Auswärtigen Amtes für 2006 für den finanziellen Beitrag zur Blauhelmission UNMIS eingestellt werden sollen. Wir brauchen eine andere Prioritätensetzung! Deshalb fordere ich für die laufenden Haushaltsverhandlungen eine deutliche Erhöhung der Mittel für den zivilen Friedensdienst. Und was ganz speziell die Bekämpfung von Aids in Ländern des Südens betrifft, so begrüßen wir die Einrichtung des internationalen Fonds aus den Aufkommen neuer internationaler Steuern, wie es uns Frankreich gerade vormacht. Hier hinkt die Bundesregierung weit hinterher. Und die FDP tritt übrigens im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung als schärfste Gegnerin neuer internationaler Mechanismen zur Entwicklungsfinanzierung auf. Diese Haltung sollten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch vor dem Hintergrund Ihres berechtigten, in Ihrem Antrag beschriebenen Anliegen gründlich überdenken.

Viertens, und auch das gehört zum Kampf gegen Aids: Solange bereits existierende Möglichkeiten, das Leid von Aids-Patienten zu lindern, nicht zum Einsatz gebracht werden können, weil Unternehmensinteressen davor stehen, kann der Kampf nicht mit voller Kraft geführt werden. Im Moment kämpfen die „Ärzte ohne Grenzen“ dafür, dass ein neues Kombinationspräparat, das ganz speziell für den Einsatz in den Tropen geeignet wäre und dort das Leid vieler Betroffener lindern könnte, in Afrika auf den Markt gebracht wird. Das vertreibende Unternehmen hat bislang kein geschäftliches Interesse daran. Und allein das zählt offensichtlich. Sie wissen, dass gerade im Bereich der medizinischen Versorgung und der Pandemiebekämpfung allerorten Marktversagen festzustellen ist. Ich denke, hier sind wir uns einig: Hier herrscht dringender Regelungsbedarf ganz in Ihrem Sinne, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, zur wirksamen Bekämpfung und Eindämmung von Aids.

Rede - 29. März 2006 - Heike Hänsel

Soldaten sind keine Entwicklungshelfer

Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag in der Haushaltsdebatte zum Einzelplan 23 (Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung): So falsch wie die Analyse der Bundesregierung zu Ursachen und Wirkung der Entwicklungsprobleme sind ihre Antworten.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte kurz einen Satz aus der Koalitionsvereinbarung zitieren. Darin steht zum Thema Entwicklungspolitik unter anderem: Die Folgen der sich verschärfenden Entwicklungsprobleme vor allem in Afrika, aber auch in Teilen Asiens und Lateinamerikas, gefährden unmittelbar Frieden und Wohlstand in Deutschland und Europa.

(Zurufe von der CDU/CSU: Jawohl! – So ist das!)

Wenn ich das lese, dann muss ich feststellen, dass das eine völlig falsche Darstellung von Wirkung und Ursache mit weit reichenden Folgen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Nicht wir sind bedroht; es ist genau umgekehrt: Die Jahrhunderte lange Ausbeutung der Länder des Südens sowie die jetzige neoliberale Weltwirtschaftsordnung und die Kriegspolitik bedeuten eine ständige Bedrohung für die Existenz von Millionen von Menschen.

(Beifall bei der LINKEN – Hellmut Königshaus [FDP]: Wir sind gegen den Kongoeinsatz!)

Genauso falsch sind die Antworten, die beispielsweise Frau Merkel heute in der Debatte gegeben hat. Sie hat nämlich gesagt, dass wir unter anderem wegen des Problems afrikanischer Flüchtlinge an europäischen Grenzen Soldaten in den Kongo schicken. Da muss ich Ihnen einmal sagen, Frau Wieczorek-Zeul: Wenn es um die Stützung eines Wahlprozesses geht, wieso brauchen wir dann Militär?

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe sehr viel Wahlbeobachtung gemacht. Ich habe Vertreter der MONUC gefragt: Wieso brauchen wir bewaffnete Wahlbeobachter? Sie konnten mir darauf keine Antwort geben. Solch ein Einsatz ist völlig unsinnig. Die entscheidenden Weichenstellungen für die Wahlen werden nicht am Wahltag vorgenommen, sondern im Vorfeld des Wahlprozesses.

(Zuruf von der CDU/CSU: Welche Wahlbeobachter wollen Sie denn bewaffnen?)

Wo sind denn jetzt Ihre Leute, die einen demokratischen Wahlprozess und den Zugang zu Medien absichern?

(Beifall bei der LINKEN)

50 bis 100 Dollar muss eine Person zahlen, um sich aufstellen zu lassen. 50 000 Dollar müssen von einem Präsidentschaftskandidaten gezahlt werden. Der Zugang zu solchen Wahlen ist doch nicht demokratisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Sichern wir nachher den Sieger einer undemokratischen Wahl militärisch ab? Das ist doch völlig unrealistisch. Wir müssen jetzt aktiv werden und dort breite Prozesse organisieren. Wir dürfen nicht meinen, mit dem Militär dort etwas zu lösen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen, was die Lösung der Flüchtlingsfrage angeht, keine Soldaten in Afrika. Wir brauchen auch keine höheren Zäune und dickeren Mauern an den europäischen Außengrenzen. Wir brauchen erst recht keine Auffanglager, wie sie zum Beispiel in Tansania oder Osteuropa geplant sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist eine menschenfeindliche Politik. Das sind die falschen Antworten auf eine falsche Analyse. Sie sind schon gar kein Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit.

(Abg. Karin Kortmann [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Ich lasse jetzt keine Zwischenfragen zu. Ich möchte erst einmal meine Gedanken entwickeln. Sie können danach gerne eine Kurzintervention machen. Das Problem ist, dass solche Auffanglager dann womöglich aus dem Haushalt finanziert werden. Wir müssen Fluchtursachen bekämpfen und nicht die Menschen, die zu uns kommen. Wir müssen ganz klar aufzeigen, was die herrschende Weltwirtschaftsordnung und unsere Politik, die dazu beiträgt, bedeuten. Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, sagt: Die Weltwirtschaftsordnung tötet tagtäglich Menschen und verhindert eine selbst bestimmte Entwicklung der Menschen in den Ländern des Südens. Eine Säule dieser Weltwirtschaftsordnung ist die Welthandelsorganisation WTO. Sie hat sich den freien Markt und den Freihandel auf die Fahnen geschrieben; das ist ihr oberstes Prinzip.

(Markus Löning [FDP]: Das ist ein sehr gutes Prinzip!)

Wir lehnen diese Politik der WTO ab, die auf umfassende Handelsliberalisierung, auf Deregulierung und auf Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen setzt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben in vielen Ländern, zum Beispiel Lateinamerikas, ganz klar gesehen, dass genau diese neoliberale Ausrichtung den Menschen ihre Existenzgrundlagen entzieht, dass sie zu Armut, zu Ausgrenzung und zu fehlendem Zugang zur Grundversorgung führt.

(Beifall bei der LINKEN – Markus Löning [FDP]: Das Gegenteil ist richtig!)

Das sind fundamentale Menschenrechte, die ständig verletzt werden. Dazu habe ich heute in der Debatte zu den Menschenrechten keinen einzigen Ton gehört. Auch der Begriff „Armutsbekämpfung“ wurde viel zu selten erwähnt. Die Millenniumsziele, auf die wir uns alle stützen, wurden in der heutigen Debatte überhaupt nicht genannt. Entscheidend ist, dass wir konkrete Vorschläge machen, wie wir das Ziel der Halbierung der Armut bis 2015 erreichen wollen. Wir setzen ganz eindeutig auf eine eigenständige Entwicklung der Länder des Südens. Sie müssen vor einer aggressiven Marktöffnungspolitik der Industrieländer und der multinationalen Konzerne geschützt werden. Wir brauchen umfassende Entschuldungsinitiativen ohne daran geknüpfte neoliberale Bedingungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Entwicklung des ländlichen Raumes, kleinbäuerlicher Strukturen – sie wollen wir übrigens ohne die Verwendung gentechnisch veränderten Saatgutes schaffen – und regionaler Märkte spielen dabei eine entscheidende Rolle.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Wieczorek-Zeul, Ihre Initiative zu den regenerativen Energien finde ich sehr gut. Dabei unterstützen wir Sie. Die regenerativen Energien sind eine zentrale Säule für die Entwicklung des ländlichen Raumes. Wir setzen uns ganz klar nicht für eine Privatisierung der Dienstleistungen und der Sicherungssysteme, sondern für den Aufbau und die Stärkung der Sicherungssysteme in den Ländern des Südens ein.

(Beifall bei der LINKEN)

Leider wird diese Politik aber zum großen Teil nicht im Entwicklungshilfeministerium, sondern im Wirtschafts- und im Finanzministerium sowie auf europäischer Ebene gemacht. So lange wir an dem Primat der Wettbewerbsfähigkeit, wie sie unter anderem in der Lissabonstrategie formuliert wurde, festhalten – die EU muss der dynamischste Wirtschaftsraum der Welt werden; wir in Deutschland müssen vorankommen; wir müssen wieder Nummer eins werden –, so lange wir das Prinzip von Siegern und Verlierern in unserer Politik nach außen vertreten, haben die Länder des Südens keine Entwicklungschancen.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Politik steht dem Prinzip der ökologischen Nachhaltigkeit und dem Vorhaben der weltweiten Armutsbekämpfung diametral entgegen. In diesem Zusammenhang spielt die ODA-Quote eine untergeordnete Rolle. Es ist gut, dass sie jetzt, nachdem sie bei Rot-Grün ständig gesunken ist, erhöht werden soll. Sie ist aber nur ein Bestandteil.

(Karin Kortmann [SPD]: Sie ist kontinuierlich gestiegen!)

Wir brauchen eine grundsätzlich andere, eine solidarische Politik in den weltwirtschaftlichen Beziehungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte einen weiteren für uns entscheidenden Punkt anführen. Die Entwicklungspolitik ist laut Koalitionsvertrag integraler Bestandteil der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Wer die heutige Debatte verfolgt hat, hat aber erkannt, dass es in der Außenpolitik hauptsächlich nur noch um wirtschaftliche und hegemoniale Interessen geht. Im Grunde ist das Ziel, die EU als neue Großmacht in der Welt zu etablieren. In diesem Zusammenhang wurde oft genug der Kampf gegen den Terrorismus genannt. Unter diesem Stichwort wird die Militarisierung der Politik vorangetrieben und der Kampf um den Zugang zu Energieressourcen geführt, der die zivile und soziale Entwicklung weltweit hemmt. Es geht nicht nur generell um Militäreinsätze, sondern auch darum, dass sie zunehmend, wie nun zum Beispiel im Sudan, aus Mitteln des Entwicklungshilfefonds der EU finanziert werden sollen.

(Beifall der Abg. Dr. Uschi Eid [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir lehnen den gesamten Komplex der zivilmilitärischen Zusammenarbeit ab. Das ist die falsche Entwicklung.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Wenn wir zivile und militärische Aufgaben, wie zum Beispiel in Afghanistan, vermischen, sind Entwicklungshilfeorganisationen vor Ort gefährdet. Die Entwicklungshilfe wird instrumentalisiert. Infolgedessen braucht das Militär noch mehr finanzielle Mittel. Wir sind der Meinung: Soldaten sind keine Entwicklungshelfer. Wir brauchen eine Stärkung der zivilen Aufgaben und keine weitere Militarisierung der Politik.

(Beifall bei der LINKEN – Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Sie lassen die Menschen krepieren!)

Frau Wieczorek-Zeul, insofern unterstützen wir den zivilen Friedensdienst, den Sie ange-
regt haben. Wir glauben aber, dass der zivile Friedensdienst nicht parallel zu Militär-
interventionen stattfinden soll und nicht zur Nachsorge von militärischen Interventionen ge-
eignet ist, sondern die Alternative zu der Politik, die hier formuliert wurde, ist. Darum
wünschen wir uns eine umfassende Erhöhung der Mittel.

(Beifall bei der LINKEN)

Weltweit gibt es immer mehr Menschen, die gegen diese Politik aufstehen. Das erleben
wir in vielen Ländern und den Sozialforen. Die Linke versteht sich als Teil dieser weltwei-
ten Bewegung. Danke.

(Beifall bei der LINKEN – Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Das müssen Sie den
Menschen im Ostkongo einmal erzählen!)

Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:

Heike Hänsel, MdB

Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE
LINKE., Obfrau der Fraktion DIE LINKE. im
Unterausschuss Vereinte Nationen

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 179
Fax: 030 227 – 76 179
heike.haensel@bundestag.de

Mitarbeiter:
Dr. Alexander King
Henning Zierock

Wahlkreisbüro Tübingen (vorläufige Adresse):
Heike Hänsel MdB
Ammergasse 14
72070 Tübingen

Telefon: 07071 – 20 88 10
Fax: 07071 – 20 88 12

Wahlkreismitarbeiterin: Traudel Horn-Metzger
traudel.horn-metzger@heike-haensel.de

Wahlkreismitarbeiter: Frederico Elwing
frederico.elwing@heike-haensel.de

Homepage: www.heike-haensel.de

Hüseyin-Kenan Aydin, MdB

Obmann der Fraktion DIE LINKE. im Ausschuss für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 491
Fax: 030 – 227 76 491
hueseyin.aydin@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:
Sonay Ataç
Dr. Frank Renken

Wahlkreisbüro in Duisburg:
Hüseyin-Kenan Aydin MdB
Mülheimer Str. 57
47058 Duisburg

Telefon: 0203 – 80 55 677
Fax: 0203 – 80 55 674

Wahlkreismitarbeiterin: Martina Ammann-Hilberath
hueseyin.aydin@wk.bundestag.de